

Manfred Liebel & Iven Saadi

ILO-„Roadmap“ – ein Fahrplan in die Sackgasse. Anmerkungen zu einem vergeblichen Dokument ohne Legitimation

Die auf der Global Child Labour Conference der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Mai 2010 per Akklamation angenommene *Roadmap*¹ erhebt den Anspruch, die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“, wie sie in der ILO-Konvention 182 definiert werden, bis zum Jahre 2016 abzuschaffen. Sie ist ein moralischer Appell an die ILO-Mitgliedsorganisationen (Staaten, Unternehmerorganisationen, Gewerkschaften) sowie an NGOs und andere Organisationen der „Zivilgesellschaft“, den Kampf gegen die Kinderarbeit zu beschleunigen und sich hierfür einen zeitlichen Rahmen zu setzen.

In der Präambel wird nicht nur auf die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ Bezug genommen, sondern auch das Verbot und die „effektive Abschaffung der Kinderarbeit“ im Allgemeinen als eine „moralische Notwendigkeit“ bezeichnet. Die Mitgliedsorganisationen der ILO werden an ihre Pflicht erinnert, dieses Prinzip zu respektieren, zu fördern und zu realisieren. Die Ausrottung der Kinderarbeit soll von Bildungs- und Ausbildungsangeboten sowie der Schaffung von „anständiger Arbeit“ („*decent work*“) für Erwachsene und Kinder im arbeitsfähigen Alter“ begleitet sein. Auf diese Weise soll den Haushalten ermöglicht werden, „aus dem Teufelskreis von Armut auszubrechen“, und den Ländern soll geholfen werden, „humane Entwicklung voranzubringen“. Kinderarbeit (*child labour*) wird als „signifikantes Hindernis bei der Realisierung von Kinderrechten, nationaler Entwicklung und der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele“ bezeichnet, „insbesondere derjenigen, die mit Armutsreduzierung, Bildung, Geschlechtergleichheit und HIV/AIDS in Beziehung stehen“. An die „internationale Gemeinschaft“ wird appelliert, „in substanzieller Weise ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht zu erhöhen“.

In den „Leitprinzipien“ und dem Aktionsteil der *Roadmap* werden Regierungen, Sozialpartner, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure sowie „internationale und regionale Organisationen“ dazu aufgerufen, „die weltweite Bewegung gegen Kinderarbeit zu stärken. Sie sollen dafür sorgen, dass die bestehenden Gesetze gegen die Kinderarbeit umgesetzt und verstärkt werden, öffentliche Dienste („einschließlich freier, hochwertiger und verpflichtender Bildung, Ausbildung und nicht-diskriminierenden sozialen Schutzdiensten“ bereitgestellt und zugänglich gemacht werden und „das Funktionieren der Arbeitsmärkte“ sichergestellt wird. Um die Ziele der *Roadmap* zu fördern und den Umsetzungsprozess zu beaufsichtigen, wird die Gründung einer weltweiten Prominenten-Initiative gegen Kinderarbeit („*Global Leaders against Child Labour Initiative*“) angekündigt, die aus „herausragenden Personen“ bestehen soll. Sie soll nunmehr Jahr für Jahr am von der ILO ausgerufenen „Welttag gegen Kinderarbeit“ (12. Juni) in Zusammenarbeit mit ILO, UNICEF und Weltbank einen „*World Child Labour Report*“ vorlegen, der über die Fortschritte bei der Umsetzung der *Roadmap* informiert.

¹ Siehe: <http://www.ilocarib.org.tt/portal/images/stories/contenido/pdf/childLabour/ROADMAP%202016.pdf>

Fehlende sozialwissenschaftliche Grundlagen

Die Idee, auf der Konferenz eine *Roadmap* beschließen zu lassen, erklärt sich aus der ernüchternden Einsicht der ILO-Experten, dass das seit Jahrzehnten verfolgte Ziel, die Kinderarbeit abzuschaffen, nicht die erwünschten Ergebnisse hatte. So erklärte der ILO-Direktor Juan Somavía zu Beginn der Konferenz: „Der Fortschritt ist weder schnell noch umfassend genug, um das Ziel zu erreichen, das wir uns gesteckt haben.“ Mit der *Roadmap* erhoffte sich die ILO, ein Instrument in die Hand zu bekommen, das dem Kampf gegen die Kinderarbeit neue Impulse verleiht. In dem auf der Konferenz vorgelegten neuen *Global Report on Child Labour* musste die ILO nämlich eingestehen, ihre im letzten Bericht vor vier Jahren gemachte Ankündigung, das Ende der Kinderarbeit sei „zum Greifen nah“ (ILO 2006), nicht aufrecht erhalten zu können. Nach den neuen Berechnungen der ILO ist die Zahl der arbeitenden Kinder weltweit zwischen 2004 und 2008 nur um drei Prozent von 222 auf 215 Millionen gesunken. Die Kinderarbeit hat nach den Angaben der ILO zwar bei den 5- bis 14-Jährigen dank einer geringeren Beschäftigung von Mädchen um 10 Prozent abgenommen, aber in Afrika südlich der Sahara und bei den 15- bis 17-Jährigen hat sie zugenommen. Die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“, so die ILO, sind in dieser Altersgruppe sogar um fast 20 Prozent, von 52 auf 62 Millionen angewachsen.

Dabei basieren die von der ILO veröffentlichten Daten erneut auf Kategorien und Erhebungen, die nur einen Bruchteil der Arbeit von Kindern erfassen. Die ILO gibt zwar an, diesmal auch die Arbeit von Kindern jenseits der „*production boundary*“, also auch die nicht-entlohnten Haushaltsdienste und andere „nicht-produktive“ Arbeiten einzubeziehen, doch der vorgelegte Bericht bezieht sich faktisch auf Erhebungen im Zeitraum 2004-2008, bei denen diese neuen Kategorien noch nicht zur Anwendung kamen.² Auch der Vergleich mit früheren Angaben ist nicht seriös, da diese auf äußerst lückenhaften und nicht vergleichbaren Erhebungen in wenigen Ländern beruhten (vgl. Liebel 2006). Die zur Methode der Erhebung gemachten Angaben sind so dürftig, dass sie keinerlei Schlüsse über die Repräsentativität und Validität der statistischen Angaben zulassen. Zum Zustandekommen der neuen Daten wird in einer weiteren Fußnote (ILO 2010, S. 13) lediglich auf eine „separate technische Publikation“ verwiesen, die bisher nicht vorliegt. Dass im Rahmen der Berichterstattung der ILO eine größere Transparenz geboten ist, lässt sich am Beispiel der Daten zu Lateinamerika und dem karibischen Raum darlegen: während der *Global Report* von 2006 für das Jahr 2004 noch einen Rückgang der Erwerbsquote in der Altersgruppe 5-14 Jahre auf 5,1 Prozent beschreibt (ILO 2006, S. 9), findet sich im Bericht von 2010 für das selbe Jahr 2004 nun eine doppelt so hohe Erwerbsquote von 10 Prozent (ILO 2010, S. 11). Es bleibt der findigen Leserin überlassen, die an anderer Stelle unauffällig in einer Fußnote platzierte Erklärung zu entdecken, dass die Angaben des Berichts von 2006 revidiert werden mussten, da sie sich angesichts neuer verfügbarer Daten als obsolet erwiesen haben (ILO 2010, S. 8).

Auch hinsichtlich einer angemessenen Interpretation der vorliegenden Daten kann der Report nicht überzeugen. Dem neuen Bericht zufolge ist der verzeichnete Rückgang der Kin-

² Auf der 18. *International Conference of Labour Statistics*, die Ende 2008 in Genf stattfand, wurden neue erweiterte „*statistical definitions of children’s work*“ beschlossen. Auf dieser Konferenz wurde zwischen einer umfassenden statistischen Definition von wirtschaftlichen Tätigkeiten und der normativ-moralischen Definition von „schlechten“ wirtschaftlichen Tätigkeiten (also *child labour* im Sinne der ILO) von Kindern unterschieden. Mit dieser Unterscheidung wollte die Konferenz den Erfordernissen einer realitätsadäquaten Statistik entsprechen, ohne die Definitionsmacht der ILO über *child labour* infrage zu stellen.

derarbeit hauptsächlich auf die geringere Beschäftigung von Mädchen zurückzuführen. Welches die Hintergründe dieses Rückgangs sind, und ob es sich für die nicht mehr beschäftigten Mädchen tatsächlich um eine Entlastung handelt, wird jedoch nicht weiter erörtert. Dabei kommen empirische Untersuchungen der Frauenerwerbsquote in Ländern des Südens zum Schluss, dass paradoxerweise der Rückgang bezahlter Frauenerwerbstätigkeit in Kontexten ökonomischer Krisen regelmäßig mit einem beträchtlich erhöhten Arbeitsaufwand in der statistisch nur unzulänglich erfassten Haushaltsökonomie einhergeht (vgl. *Young & Schubert 2010*). Hier ist zumindest in Erwägung zu ziehen, dass ähnliches für die Arbeit von Mädchen gilt und der Rückgang der von der ILO erfassten Mädchenarbeit nicht Ausdruck eines „Fortschritts“ ist, sondern ihm womöglich eine massive, statistisch allerdings „unsichtbare“ Mehrbelastung von Mädchen in der Haushaltsökonomie gegenübersteht.

Ein Grundproblem des ILO-Reports besteht darin, dass die Arbeit von Kindern – wie schon in früheren Berichten und Stellungnahmen – in einer Weise definiert und betrachtet wird, die ungeachtet der unternommenen Differenzierungen nur eine grundsätzlich negative Bewertung zulässt. Obwohl viele Kinder z.B. gleichzeitig arbeiten und die Schule besuchen (und oft sogar arbeiten, um die Schule besuchen zu können), gilt die Arbeit von Kindern als prinzipiell unvereinbar mit (schulischer) Bildung und wird in einer merkwürdigen Verkehrung von Ursache und Wirkung sogar für die Armut und die mögliche Nichterfüllung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen verantwortlich gemacht. Bei allen unter die Kategorie *child labour* fallenden Angaben wird schlicht im Zirkelschluss unterstellt, sie seien schädlich für die Kinder, weil sie nicht zulässig sind.

Zudem fehlt jegliche sozialwissenschaftliche Reflektion über die sehr divergierenden Arbeitsbedingungen und die Komplexität der Arbeitserfahrungen der Kinder sowie über die Bedeutungen und die „Wirkungen“, die sie auf Kinder haben. Die ILO macht sich auch keine Mühe, die inzwischen zahlreich vorhandenen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zu dieser Thematik aufzugreifen und sich mit ihnen auseinander zu setzen. Auf diese Weise wird nicht nur der Blick eingengt auf die schädlichen Aspekte der Arbeit von Kindern, sondern es bleiben auch viele lebenswichtige und von Kindern bejahte Tätigkeiten in den statistischen Daten und strategischen Erwägungen der ILO unberücksichtigt.

Unter dem Einfluss der Weltbank, mit der die ILO eine „weltweite Bewegung gegen Kinderarbeit“ anstrebt, werden die arbeitenden Kinder nun in erster Linie als Ausdruck für die Verschwendung von „Humankapital“ betrachtet. Damit gewinnt eine Sichtweise die Oberhand, die die Kinder einseitig als Potenzial für wirtschaftliches Wachstum betrachtet und dem Recht der Kinder auf eine menschenwürdige Gegenwart keinen Raum mehr lässt. Die Berufung auf die Kinderrechte, die sich an einigen Stellen des Berichts findet, wird so zu einer hohlen Floskel. Indem sich auch das UN-Kinderhilfswerk UNICEF, das sich als Sachwalter der Kinderrechte versteht, diesem Bündnis angeschlossen hat, schadet es seiner eigenen Glaubwürdigkeit.

Auch den Rechten im Arbeitsprozess selbst, deren Verteidigung zu den Kernaufgaben der ILO gehört, scheint die ILO mit Blick auf Kinder keine Bedeutung beizumessen. Zwar spricht der Report an einer Stelle „ungeachtet des Alters des Arbeitnehmers“ die Wichtigkeit der „Rechte bei der Arbeit“ für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an und benennt auch explizit Mindestaltersstandards als einen der Gründe, aus dem Kinder diese Rechte nicht in Anspruch nehmen können (*ILO 2010*, S. 55). Es bleibt aber ein Geheimnis der ILO, wie angesichts der aufrechterhaltenen Verbots- und Bekämpfungsstrategie dieser Widerspruch auf-

gelöst werden kann und die arbeitenden Kinder an ihren Arbeitsplätzen nicht mehr zur Rechtlosigkeit verdammt oder gar kriminalisiert werden.

In ihrem Report äußert die ILO manche Selbstzweifel über die Reichweite und Wirksamkeit bisheriger „projektbasierter“ Maßnahmen und setzt nun, um endlich im Kampf gegen die Kinderarbeit voranzukommen, vor allem auf ein strategisches Bündnis von Gewerkschaften und Geschäftswelt („*trade union and business alliance*“). Die Selbstzweifel gehen allerdings nicht so weit, auch über die schädlichen Folgen nachzudenken, die mit vielen Maßnahmen gegen die Kinderarbeit für die Kinder einhergehen. So werden z.B. in Kolumbien, Peru oder Mexiko Kinder, die auf der Straße Essen, Süßigkeiten oder kunsthandwerkliche Produkte verkaufen, unter Verweis auf die ILO-Konventionen und Aktionsprogramme gegen die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ häufig von der Polizei vertrieben; oder Mütter, die von ihren Kindern bei der Arbeit auf dem Markt begleitet werden, sehen sich gezwungen, ihre Kinder zu verstecken, um nicht wegen „Verletzung der Aufsichtspflicht“ bestraft zu werden. Maßnahmen zum „Schutz“ der Kinder vor den „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ dienen unter der Hand oft der Legitimation „sozialer Säuberungen“ im Interesse reicher Geschäftsleute oder von Tourismusprojekten. Insgesamt fehlt dem politisch-programmatischen Teil eine seriöse wissenschaftliche Grundlage über die Wirksamkeit bisheriger Programme und Maßnahmen.

Ein vergebliches Dokument ohne Legitimation

Mit der *Roadmap* verfolgte die ILO ursprünglich die Absicht, einen verbindlichen Rahmen zu schaffen, der den Kampf gegen die Kinderarbeit „als eine rechtliche Verpflichtung“ festschreibt und von der *Global Child Labour Conference* „beschlossen“ wird (siehe 2nd draft). Dieses Ziel konnte sie nicht durchsetzen. Der *Roadmap* wurde auf der Konferenz lediglich per Akklamation zugestimmt („agreed“), und sie wurde im Laufe der Beratungen von einer verbindlichen Selbstverpflichtung zu einem moralischen Appell herabgestuft.

Wie schon im *Global Report* wird auch in der *Roadmap* in Umkehrung von Ursache und Wirkung „die Kinderarbeit“ erneut für die Reproduktion der Armut und sogar für die Nichterreichung der Millenniums-Ziele verantwortlich gemacht. Der vom „*Global March*“ und einigen Delegierten unternommene Versuch, die Ausrottung der Kinderarbeit ausdrücklich als Indikator des Millenniums-Ziels zur Bekämpfung der Armut zu etablieren, fand allerdings auf der Konferenz keine Zustimmung.

Die *Roadmap* nimmt zwar für sich in Anspruch, zur Umsetzung der in der UN- Kinderrechtskonvention verbrieften Kinderrechte beizutragen, doch im Kern folgt sie einer anderen Logik. Diese ist zum einen von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bestimmt, indem sie die Arbeit von Kindern zu einer Gefährdung der Funktionsmechanismen des Arbeitsmarkts erklärt. Desweiteren betrachtet sie die Kinder nicht als Subjekte von Rechten, sondern im Sinne der *Social Investment Theory* und einer daran ausgerichteten Sozialpolitik (vgl. *Bühler-Niederberger, Mierendorff & Olk 2010*) in erster Linie als potentielles Humankapital, das nicht verschleudert werden dürfe. Dieser Sichtweise entspricht, dass den arbeitenden Kindern und ihren Organisationen im Vorfeld der Konferenz und auf der Konferenz selbst verwehrt wurde, an der Ausarbeitung der *Roadmap* mitzuwirken.

In den Leitprinzipien der *Roadmap* werden die Regierungen zwar ermahnt, das „Kindeswohl“ („*the best interests of children*“) nicht aus dem Auge zu verlieren und die Sichtweisen der Kinder und ihrer Familien zu beachten, doch ist keinerlei Mechanismus vorgesehen, wie dies unter Beteiligung der Kinder von statten gehen könnte. Von vornherein wird unterstellt, dass das Verbot und andere von oben angeordnete Maßnahmen zur Abschaffung der Arbeit von Kindern im besten Interesse der Kinder lägen. Unter den in der *Roadmap* aufgezählten „Akteuren“ werden denn auch die arbeitenden Kinder und ihre Organisationen nicht einmal erwähnt. Während der Konferenz wurde sogar eine Passage aus einem früheren Entwurf der *Roadmap* gestrichen, wonach zur Vermeidung von Risiken kein Kind „ohne adäquate Schutz- und Hilfsangebote“ aus der Arbeit entfernt werden sollte. Dies lässt sich nur so verstehen, dass weiterhin der Durchsetzung des Kinderarbeitsverbots Vorrang zukommen soll, was immer die Folgen für die Kinder und ihre Familien sein mögen.

Dies erklärt sich möglicherweise durch eine spezifische, in der Präambel angedeutete und auch in anderen jüngeren ILO-Publikationen durchscheinende Perspektivsetzung auf Kinder, die von einer instrumentellen und ökonomischen Rationalität geprägt ist. Wenn als ein Nutzen der Abschaffung der Arbeit von Kindern mögliche „hohe soziale und wirtschaftliche Rückwirkungen“ benannt werden, dann stellen die Verfasser der *Roadmap* nicht auf den Nutzen für Kinder im Hier und Jetzt ab, sondern auf den Ertrag, den Kinder in ihrer Zukunft als produktive Arbeitnehmer für ihre Gesellschaften erbringen könnten; Kinder werden im Sinne des „*social investment*“-Ansatzes (Lister 2003; Mahon 2010; Prentice 2009) zu einem Investitionsgut („*human capital in the making*“), und ihr „bestes Interesse“ wird einem postulierten „höheren“, gesellschaftlichen Interesse untergeordnet. Dieses Interesse geht mit einer moralisch unterlegten Disziplinierung der Kinder der „unteren Klassen“ einher, denen mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft unterstellt wird, den staatlichen Erwartungen und Leistungsanforderungen zu genügen (vgl. Hendricks 2010).

Interessant ist, dass im Unterschied zu früheren Entwürfen in der definitiven Fassung der *Roadmap* „anständige Arbeit“ nicht nur für Erwachsene vorgesehen ist und gefördert werden soll, sondern auch für „Kinder im arbeitsfähigen Alter“. Offenbar wurde ein gewisses Problem darin gesehen, dass auch den Kindern durchweg Rechte bei der Arbeit verweigert werden und sie der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt sind. Mit der Begrenzung der „anständigen Arbeit“ auf Kinder oberhalb des in der ILO-Konvention 138 und den meisten nationalen Gesetzen festgelegten Mindestalters wird aber erneut ausgeblendet, dass weiterhin eine große Zahl auch von jüngeren Kindern bei ihrer Arbeit dringend auf Arbeitsrechte angewiesen sind (vgl. Bourdillon et al. 2009). Und es wird gänzlich ignoriert, dass nicht zuletzt die Verbote und Maßnahmen gegen Kinderarbeit selbst mit dafür verantwortlich sind, dass diese Kinder ihrer Rechte beraubt und in besonderem Maße ausgebeutet werden. Hinzu kommt, dass das von der ILO vertretene Konzept von „anständiger Arbeit“ (*decent work*) weit von den Vorstellungen würdiger Arbeit entfernt ist, die arbeitende Kinder seit Jahrzehnten für sich einfordern (vgl. Liebel, Nnaji & Wihstutz 2008). Das ILO-Konzept von *decent work* ist auf Regelungen innerhalb der kapitalistischen Ökonomie gerichtet und verzichtet darauf, Formen von selbstbestimmter Arbeit jenseits der profitorientierten Logik der kapitalistischen Ökonomie anzustreben.

Es stellt sich die Frage, wie ernst die auf der Konferenz per Akklamation verabschiedete *Roadmap* zu nehmen ist. Was ist schon von einem Unternehmen zu erwarten, das sich erhofft, durch eine „Initiative“ von – gewiss nicht sehr sachkundigen – Promis etwas mehr öf-

fentliche Beachtung zu finden? Zu vermuten ist, dass nunmehr jährlich eine Hochglanzbrochure mehr das Licht der Welt erblickt, die weiterhin auf fragwürdigen Daten basiert und markige Ankündigungen macht. Für die arbeitenden Kinder und ihre Familien, deren Meinung der ILO angeblich so wichtig ist, wird sie nicht einmal als Klopapier nützlich sein. Wäre es der ILO gelungen, die „Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ als einen neuen Indikator der Millenniumsentwicklungsziele festzuschreiben, hätte diese vielleicht ein gewisses Gewicht in der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen erlangt. Aber diese Absicht fand nicht einmal unter den handverlesenen Teilnehmern der Konferenz in Den Haag Zustimmung und wurde dann auch auf dem UN-Millenniums-Gipfel der Staaten im September 2010 komplett ignoriert. Als moralischer Appell ist die *Roadmap* nicht mehr als ein erneuter Beleg für die Hilflosigkeit der ILO, ihrem Ziel, der Abschaffung jeglicher Arbeit von Kindern, näher zu kommen. Mit der Metapher der *Roadmap* wird der Eindruck erweckt, es bestünde ein Zeitplan mit exakten Schritten und Maßgaben, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Doch wer das Dokument genauer liest und ihren Entstehungskontext und die angekündigten Aktionsformen im Auge behält, muss zu dem Schluss kommen, dass zum wiederholtem Male nur heiße Luft produziert wurde, die ohne praktische Konsequenzen bleiben wird.

Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte die lateinamerikanische Bewegung der arbeitenden Kinder und Jugendlichen gegen den Mangel an Respekt protestiert, „den die Organisatoren der Konferenz von Den Haag uns gegenüber demonstriert haben, indem sie uns nicht zur Vorbereitung dieser Konferenz eingeladen und noch nicht einmal über sie informiert haben“. Die ausschließliche Anwesenheit von Erwachsenen, „die in ihrer Mehrheit von unserer Lebensrealität weit entfernt sind“, bestätige aufs Neue, dass „die Partizipation der Kinder allein auf die Verkündung guter Absichten und juristische Dokumente beschränkt bleibt“ (siehe die Dokumentation in diesem Heft). Zum Ende der Konferenz sprach die Bewegung der *Roadmap* jede Legitimität ab, da sie ohne Beteiligung der arbeitenden Kinder zustande gekommen sei, und machte die holländische Regierung und die ILO als Veranstalter der Konferenz für die darin zum Ausdruck kommende Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention verantwortlich.

In der Frage, wie dem Missbrauch und der Ausbeutung arbeitender Kinder zu begegnen sei, ist die Kluft zwischen der ILO und den sie tragenden Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden auf der einen und den Organisationen der arbeitenden Kinder und Jugendlichen sowie manchen NGOs auf der anderen Seite weiterhin groß. Sie kann nur überbrückt werden, wenn anerkannt wird, dass die Probleme der arbeitenden Kinder nicht gelöst werden, indem man ihnen die Arbeit verbietet, sondern indem man die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse abschafft, die auf der Ausbeutung der Menschen – gleich welchen Alters – basieren.

Literatur

- Bourdillon, Michael; White, Ben & Myers, William (2009). Re-assessing minimum-age standards for children's work, *International Journal of Sociology and Social Policy*, 29(3/4), S. 106-117.
- Bühler-Niederberger, Doris; Mierendorff, Johanna & Olk, Thomas (Hrsg.). *Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe*. Wiesbaden: VS Research

- Hendrick, Harry (2010). Late Modernity's British Childhood: Social Investment and the Disciplinary State, in: Bühler-Niederberger et al., S. 43-71
- ILO (2006). *Der Ende der Kinderarbeit: Zum Greifen nah. Gesamtbericht im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit*. Genf: Internationales Arbeitsamt.
- ILO (2010). *Accelerating action against child labour. Global Report under the follow-up to the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work*. Genf: International Labour Office.
- Liebel, Manfred (2006). Der neue ILO-Bericht zur Kinderarbeit. Erfolgsstory oder am Ende nur Ratlosigkeit? In: *deutsche jugend*, 54(9), S. 367-370.
- Liebel, Manfred; Nnaji, Ina & Wihstutz, Anne (Hrsg.) (2008). *Kinder. Arbeit. Menschenwürde. Internationale Beiträge zu den Rechten arbeitender Kinder*. Frankfurt a.M. & London: IKO.
- Lister, Ruth (2003). Investing in the citizen-workers of the future: Transformations in citizenship and the state under New Labour, *Social Policy & Administration*, 37(5), S. 427-443.
- Mahon, Rianne (2010). After Neo-Liberalism? The OECD, the World Bank and the Child, *Global Social Policy* 10(2), S. 172-192.
- Moser, Caroline (1992). Adjustment from Below: Low-Income Women, Time and the Triple Role in Guayaquil, Ecuador, in: H. Afshar & C. Dennis (Hrsg.). *Women and Adjustment Policies in the Third World*. Basingstoke, U.K.: Macmillan.
- Prentice, Susan (2009). High Stakes: The "Investable" Child and the Economic Reframing of Childcare, *Signs* 34(3), S. 687-710.
- Young, Brigitte & Schuberth, Helene (2010). The global financial meltdown and the impact of financial governance on gender, *Garnet Policy Brief* n° 10.

Unveröffentlichtes Manuskript, August 2010